

**Positionsbestimmung von IG Metall und IG BCE**

**Qualitatives Wachstum  
für gute Arbeit und eine gerechte Gesellschaft**

Frankfurt am Main/ Hannover, 6. September 2011

*„Wenn ich über Wachstum rede, habe ich mehr im Sinn als bloßes BIP-Wachstum. Ich meine menschlichen Wohlstand in einem weiteren Sinn.“*

*Joseph Stiglitz*

**Der 17. Deutsche Bundestag hat die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit dem Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ beschlossen. IG Metall und IG Bergbau, Chemie, Energie begrüßen diese Entscheidung und unterstützen die schon begonnenen Arbeiten der Enquete-Kommission. Der Arbeitsauftrag und die Fragestellungen umfassen zentrale Arbeits- und Themenstellungen der Gewerkschaftsarbeit. IG Metall und IG BCE unterstützen deshalb die Erarbeitung politischer Handlungsempfehlungen sowie eines neuen, breiter gefächerten Wohlstandsindikators. Mit dieser Positionsbestimmung leisten wir einen ersten gemeinsamen Beitrag zum notwendigen ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft aus industrie-gewerkschaftlicher Sicht.**

Klimawandel und Ressourcenverknappung sind globale Herausforderungen, die unser Wohlstandsmodell - das auf einem scheinbar unbegrenzt möglichen Energie- und Materialverbrauch beruht - in Frage stellen. Gleichzeitig schreitet die soziale Erosion der Gesellschaft dramatisch voran, die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen wird immer ungleicher. Das wirtschaftliche Wachstum der Gesellschaft kommt bei vielen nicht mehr an. Ein „weiter so“ bietet deshalb keine sinnvolle Entwicklungsperspektive. Wir stehen vor der Herausforderung, einen ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft zu gestalten.

*Wir brauchen eine intensive Debatte über das, was Wohlstand ist und sein sollte. Annähernd gleiche Lebenschancen sind dabei eine grundlegende Bedingung und ein wesentliches Element für individuelle Entfaltung, für das Glück der Einzelnen, den inneren Frieden, für eine lebendige Demokratie und die Lösungsfähigkeit bei ökologischen Herausforderungen. Es bedarf eines demokratischen Verständigungsprozesses über die Ermöglichung eines guten, gelingenden Lebens und auch die Notwendigkeit, eine Diskussion über die Werte zu führen, die unseren Perspektiven zugrunde liegen. Nur ein solcher Verständigungsprozess über diese Werte bietet den geeigneten politischen Rahmen, um die gewaltige Aufgabe eines ökologischen und sozialen Umbaus der Gesellschaft bewältigen zu können.*

Die Herausforderung besteht darin, den Wechsel vom kohlenstoff- und ressourcenintensiven Pfad hin zu einem klima- und sozialverträglichen Wirtschaftswachstum voran zu bringen. Dies ist nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch geboten. Qualitatives Wachstum ist die Antwort der IG Metall und der IG BCE auf diese Frage sowohl aus ökologischer Sicht als auch für die Perspektive eines grundlegenden gesellschaftlichen und ökonomischen Kurswechsels.

IG Metall und IG BCE sind überzeugt davon, dass unser Industrielles Netz in Deutschland die Innovationskraft besitzt, nicht nur Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln sondern auch mit vielen seiner Erzeugnisse und Verfahren wesentliche Beiträge gegen den Klimawandel und zum Schutz der Umwelt zu leisten. Qualitatives Wachstum ist unter den gegebenen Bedingungen die Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik für Gute Arbeit und eine gerechte Gesellschaft.

## **I. Die ökologischen und sozialen Herausforderungen in unserer Zeit**

Klimaforscher gehen davon aus, dass die vom Menschen verursachte Erwärmung der Atmosphäre nicht mehr zu verhindern ist. Es kommt jetzt darauf an, durch eine Begrenzung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen diesen Anstieg auf zwei Grad zu begrenzen. So könnten die negativen Folgen für die Menschen noch beherrschbar bleiben. Nach Einschätzung des Weltklimarates muss dazu der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2050 von derzeit (2007) 29 Mrd. Tonnen auf 4 Mrd. Tonnen pro Jahr begrenzt werden. Im Ergebnis bedeutet das eine globale Wirtschaftsweise mit einem radikal sinkenden Kohlenstoffanteil. Um die Dimension deutlich zu machen: Um die Zielvorgabe des Weltklimarates zu erfüllen, muss es uns gelingen bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 0,7 Prozent und einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent die Energieeffizienz unseres Wirtschaftens um das 21-fache zu steigern.

Der Klimawandel ist nicht das einzige ökologische Problem. Der steigende CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre sorgt auch für eine Versäuerung der Weltmeere. Aber auch das Zeitalter der fossilen Energieträger geht zu Ende. Das bedeutet nicht, dass es in wenigen Jahren kein Öl mehr geben wird. Doch die Preise werden stark ansteigen. Auch andere Rohstoffe werden zunehmend knapper und teurer werden. Auch der Artenreichtum an Tieren und Pflanzen geht weiter dramatisch zurück. Die ökologischen Probleme, die wir lösen müssen, haben enorme Ausmaße.

Zugleich schreitet die soziale Erosion in Deutschland wie in vielen G7-Staaten voran: Die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen konzentriert sich bei immer weniger Menschen. Zwei Drittel des gesamten Vermögens ballt sich bei den reichsten zehn Prozent der Gesellschaft, ein Drittel der Gesellschaft ist arm an Vermögen wie an Einkommen. Während bei den tarifgebundenen, regulär Beschäftigten in der Industrie noch ordentliche Lohnsteigerungen durchgesetzt werden konnten, leiden vor allem die Dienstleistungsbereiche unter der starken Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. Das trifft die Bezieher ohnehin schon niedriger Einkommen. Nach Berechnungen des DIW sind bei den unteren Einkommen die Netto-Reallöhne im Zeitraum von 2000 bis 2010 um 10 bis 22 Prozent gesunken, die Stundenlöhne immerhin noch um etwa 5 Prozent. Auch die Sozialleistungen stehen stark unter Druck. Das wirtschaftliche Wachstum der Volkswirtschaft kommt bei vielen Menschen nicht mehr an.

Heute leben rund 6,9 Milliarden Menschen auf der Welt. Die UNO erwartet bei mittlerer Projektion bis 2050 9,2 Milliarden Menschen. Dieses Bevölkerungswachstum findet nicht in den G7-Staaten statt - dort altert die Bevölkerung und nimmt absolut ab. 2050 werden in den Industrieländern noch 15 Prozent der Menschheit leben, 85 Prozent werden in den heutigen Entwicklungs- und Schwellenländern leben. All diese Menschen streben berechtigt für sich und ihre Kinder ein vergleichbares Wohlstandsniveau, wie es in den Industrieländern, allerdings ungerecht verteilt, heute selbstverständlich ist. Mit der wachsenden Weltbevölkerung und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung steigt der Bedarf nach Lösungen um die Ernährung, die Gesundheit, um ein gutes und gelingendes Leben aller Menschen zu ermöglichen.

## **II. Die Wachstumskritik und positive Effekte des Wachstums**

Die Debatte über die ökologischen Grenzen des Wachstums wurde 1972 mit dem ersten Bericht des Club of Rome „Grenzen des Wachstums“, unter Federführung von Donella und Dennis Meadows eröffnet. Die unmittelbar folgende erste Ölkrise fügte der geforderten Abkehr von der Ressourcenverschwendung noch weitere ökonomische Gründe hinzu. Die zentrale Botschaft des Berichts lautet, dass die Wachstumsgrenzen auf der Erde in den nächsten 100 Jahren erreicht werden, wenn die Zunahme der Weltbevölkerung, die

Industrialisierung, die Umweltverschmutzung, die Nahrungsmittelproduktion und die Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unvermindert anhält.

Das war der Startschuss für eine bis heute andauernde Debatte über ökologische Grenzen des fossilen Wachstumspfad und darüber, wie ein anderer globaler Entwicklungspfad erreicht werden kann, der dauerhaft innerhalb der Grenzen der Tragfähigkeit der Erde bleibt. Folgestudien wurden methodisch ausgefeilter und nahmen neben dem Ressourcenverbrauch auch die Umweltbelastung stärker ins Visier. Vor allem der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wurde, seit die klimaschädlichen Folgen immer offensichtlicher wurden, stärker in den Mittelpunkt der Debatte gerückt. Eine international viel beachtete und sehr komplexe Studie war auch die von US-Präsident Jimmy Carter in Auftrag gegebene Untersuchung „Global 2000“. Unter der Autorenschaft Meadows wurden auch mehrere Folgestudien herausgegeben.

Als Antwort auf diese negativen Folgeerscheinungen der Hochindustrialisierung führen eine Vielzahl von Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten eine „Postwachstumsdebatte“. Die zentrale Argumentation der Wachstumskritiker ist, dass in einer endlichen Welt mit begrenzten Ressourcen ein unendliches, exponentielles Wachstum nicht möglich sei. Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass in den heutigen Industriegesellschaften ein so hohes Wohlstandsniveau existiere, dass die Bedürfnisse gesättigt sind, zusätzlicher Konsum unsinnig ist und deshalb auch kein Wachstum notwendig sei. Aus Sicht der Wachstumskritiker stehen wir vor einer notwendigen Transformation in eine „Postwachstumsgesellschaft“, in der die materielle Produktion schrumpft und die Wirtschaft ohne Wachstum auskommt.

Wir sprechen der Wachstumskritik ihre Berechtigung nicht ab, sie kann aber vor allem eines nicht einlösen: Sie kann ein hohes Lebensniveau, eine gute Versorgung mit guten Gütern und Diensten für die Mehrheit der Bevölkerung nicht sichern. Eine stagnierende oder schrumpfende Ökonomie würde zum Verlust guter Arbeit führen und die Innovationskraft der Wirtschaft insgesamt schwächen. Dem Rebound-Effekt muss anders begegnet werden.

Die sozial und ökologisch blinde Wachstumspolitik der vergangenen Jahre, die nach marktradikaler Denkweise auf entfesselte Marktkräfte und einen Rückzug des Staates setzte, hat ihre Versprechen keineswegs eingehalten. Sie hat weder zu höheren Einkommen, mehr und besseren Arbeitsplätzen geführt noch zur gesellschaftlichen Wohlmehrmung beigetragen. Im Gegenteil, die vor allem von den Finanzmarktakteuren forcierte Wachstumspolitik hat zu einer ständig wachsenden Verteilungsungerechtigkeit und einem stetigen Abbau der sozialen Sicherungssysteme geführt. Eine solche marktorientierte Wachstumspolitik löst keine der anstehenden Probleme.

Wir bekennen uns dagegen zu einem sozial und ökologisch regulierten Wachstumsmodell. Aus der Sicht von IG Metall und IG BCE ist Wachstum, auch industrielles Wachstum, weiterhin notwendig. Wachstumspolitik muss einen wirklichen Beitrag dazu leisten, die sozialen und ökologischen Probleme zu lösen. Wachstum hat unzweifelhaft positive Effekte, die nicht nur auf eine einfache Steigerung der BIP-Wachstumsrate reduziert werden dürfen: An erster Stelle steht der Zusammenhang von steigender Arbeitsproduktivität und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn die Wirtschaft nicht wächst, gleichzeitig jedoch die Arbeitsproduktivität erhöht wird, schrumpft das benötigte Arbeitsvolumen. Gelingt keine Kompensation durch Arbeitszeitverkürzung oder den Rückgang des Erwerbepersonenpotenzials, steigt die Arbeitslosigkeit. Auch für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und öffentlicher Güter schafft Wachstum die notwendigen Verteilungsspielräume. Der Finanzierungskreislauf der Wirtschaft ist auf Wachstum angewiesen. Zinsen für Kredite können nur aus Wachstum finanziert werden. Ohne Wachstum sind Zinsen immer Verluste, Investitionen rentieren sich nicht mehr. Mit Nullwachstum oder dauerndem Schrumpfen der Leistungskraft der Wirtschaft wären unproduktive, immer härter werdende Verteilungskämpfe an der Tagsordnung.

Darüber hinaus steht der Gesellschaft als Ganzes mit einem qualitativen Wachstum eine größere Menge an Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung. Davon können prinzipiell auch mehr Menschen partizipieren – auch jenseits der nationalen Grenzen.

Ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft, der durch Innovationen vorangetrieben wird, wird auch zu Wachstumsprozessen und neuer Beschäftigung führen. Im Kern handelt es sich um einen Entwicklungspfad, bei dem wächst, was ökologisch, ökonomisch und sozial gewollt ist und schrumpft, was gesellschaftlich nicht gebraucht wird oder ökologisch schädlich ist.

### III. Indikatoren für ein neues Wohlstandsmodell

In der Literatur wird eine kaum noch zu überschauende Vielzahl von Ansätzen diskutiert, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab ersetzen oder ergänzen sollen. Diese Ansätze basieren zum Teil weiterhin auf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), ergänzen die Berechnungen aber um weitere Faktoren. Die Modelle können aber auch unabhängig von der VGR verschiedene Sozialparameter verwenden oder versuchen, subjektives Wohlbefinden („Glück“) in Indikatoren zu erfassen. Die meisten dieser Modelle haben jedoch den Raum der akademischen Debatten nie verlassen und spielen in der breiten Öffentlichkeit, in den Medien und der Politik praktisch keine Rolle.

Eine größere Aufmerksamkeit hat der *Human Development Index* (HDI) erzielt, das der United Nation Development Programm (UNDP) 1990 erstmals vorstellte. In diesen Index fließen die Alphabetisierungsrate Erwachsener, Anteil der Schulbesuche, die Lebenserwartung und das pro Kopf BIP mit ein. Er wird regelmäßig vom UNDP für viele Länder berechnet und mit einer gewissen Beachtung veröffentlicht.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat die Debatte über die Schwächen der reinen BIP-Messung und alternative Indikatoren noch einmal kräftig befördert. 2008 hat die Regierung Frankreichs eine Kommission unter Leitung von *Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi* eingerichtet, um Alternativen zum BIP zu formulieren. Mit der Veröffentlichung ihres Abschlussberichtes 2009 hat die Kommission ein sehr ausgefeiltes Modell zur Wohlstandsmessung formuliert. Zu Recht wird in diesem Bericht darauf hingewiesen, dass der Maßstab des Wirtschaftens für die zukünftige Gestaltung unseres Wirtschaftsmodells wichtig ist. „Was wir messen, beeinflusst das, was wir tun. Und wenn unsere Messungen fehlerhaft sind, können die Entscheidungen, die auf ihrer Grundlage getroffen werden, verfälscht sein“. Die Stiglitz-Kommission plädiert für eine erweiterte statistische Berichterstattung, bei der das BIP um Indikatoren zur Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen, zur Entwicklung der Lebensqualität, zur Nachhaltigkeit und zur Umwelt ergänzt wird.

Zu den materiellen Kennziffern des Wohlstands gehören Daten wie Einkommen und Einkommensverteilung, Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten und die Ausstattung mit Wohnraum und sanitären Anlagen. Hinzu kommen objektivierbare Indikatoren für Lebensqualität: Dazu gehören Gesundheit und Lebenserwartung, Zugang zu Bildung und Fortbildung nach Bevölkerungsschichten (Schüler- und Studierendenquoten), ökonomische Absicherung durch die sozialen Sicherungssysteme, Freizeit, Zugang zu kulturellen Tätigkeiten, zur gesellschaftlichen Teilhabe, Beteiligung und Mitbestimmung und persönliche Sicherheit.

Umweltfaktoren könnten durch die CO<sub>2</sub>-, Energie- und Materialproduktivität sowie durch Messzahlen für die Umweltqualität, wie Zugang zu Trinkwasser und Abwasseraufbereitung, die Schäden durch Luftverschmutzung und die Verbreitung umweltbedingter Krankheiten

gemessen werden. Ressourceneffizienz wird durch die Bestandsentwicklung und Verbrauch der verschiedenen erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Ressourcen messbar. Und schließlich kann der Umfang umweltbezogener Forschung, Innovation und Investition Auskunft über das Tempo des umweltpolitischen Fortschritts geben.

IG Metall und IG BCE unterstützen den Ansatz der Stiglitz-Kommission für eine erweiterte statistische Berichterstattung. Das BIP ist trotz seiner Mängel ein guter und weltweit verbreiteter Indikator zur Feststellung der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Aber das BIP kann vieles nicht erklären. So ist es beispielsweise kein genereller Indikator für den gesellschaftlichen Fortschritt und als aggregiertes Maß sagt es auch wenig über Verteilungseffekte oder strukturelle Veränderungsprozesse aus. Eine Gesellschaft, die einen sozialen und ökologischen Kurswechsel der Wirtschaft schaffen will, muss sich ein Instrumentarium geben, den Fortschritt zu messen und die Politik an der Erreichung oder Verfehlung von Zielen zu justieren. Dazu braucht es Indikatoren auf der Basis wohl definierter Kriterien und auf international, wenigstens in europäisch vergleichbarer Datenbasis. Indikatoren müssen für die Öffentlichkeit verständlich zeigen, wo eine Gesellschaft sozial und ökologisch steht und wohin sie sich entwickelt.

Die Entscheidung für einen bestimmten Indikator oder ein Set von Indikatoren ist eng verknüpft mit Wertentscheidungen. Das gilt umso mehr, als der Sinn von Indikatoren oder Sets von Indikatoren stets die Verdichtung von Informationen ist und diese oft auch Grundlage für politische Entscheidungen bilden. Indem man festlegt, was man misst und was nicht, trifft man immer auch eine Aussage darüber, was in der Gesellschaft für wichtig gehalten wird. Aus Sicht der IG Metall und der IG BCE muss ein künftiges Set von Indikatoren die soziale und ökologische Rendite der Wirtschaft umfassend ausweisen.

Ein Indikator oder Indikatorenset, der Eingang in die gesellschaftliche Debatte finden soll, muss aus Sicht der Industriegewerkschaften eine entsprechende Öffentlichkeit in der Bevölkerung und in der Politik finden. IG Metall und IG BCE appellieren an das Parlament und die Mitglieder der Enquete-Kommission, sich für eine starke Verankerung des neuen Instrumentes einzusetzen. Es sollten entsprechend des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) allgemeine und anspruchsvolle Zielvorgaben vom Gesetzgeber verankert werden. Die Vorlage eines periodischen Berichtes mit Handlungsempfehlungen eines plural besetzten Sachverständigenrates sollte von der Bundesregierung erwidert und beide Berichte vom Deutschen Bundestag diskutiert werden. Das würde eine breite gesellschaftliche Debatte über Probleme und Handlungsperspektiven ermöglichen.

#### **IV. Kurswechsel für qualitatives Wachstum als gewerkschaftliche Strategie**

Ziel von IG Metall und IG BCE ist es, gezieltes Wachstum zu ermöglichen und gleichzeitig die negativen ökologischen Folgen von Wachstum zu vermeiden. Wir nennen dieses Konzept qualitatives Wachstum. Dabei geht es um die ökologische Erneuerung unserer Gesellschaft, aber auch um die soziale und demokratische Erneuerung.

Die Gewerkschaften haben das Thema früh aufgegriffen, schon im Frühjahr 1972 wurde auf einer Konferenz in Oberhausen das Thema problematisiert. Schon damals wurde auch die Leitidee vom „qualitativen Wachstum“ formuliert, mit der reichummehrendes BIP-Wachstum und Ökologie vereinbar gemacht werden sollte. Der Begriff blieb damals noch vage und unbestimmt, zeigte aber bereits die bis heute richtige Stoßrichtung auf.

In den letzten Jahren ist aus zwei Gründen wieder Bewegung in die Debatte um Konzepte qualitativen Wachstums gekommen. Zum einen hat der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank, Nicolas Stern, im Auftrag der britischen Regierung eine umfangreiche

Untersuchung zu den Kosten der Umweltzerstörung und Möglichkeiten und Kosten ihrer Überwindung vorgelegt. Er nennt sein Konzept einen globalen „Green New Deal“, in Anlehnung an die Politik in den USA zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren (New Deal). Viele Ökonomen (beispielsweise James Galbraith) greifen dieses Konzept auf. Im politischen Raum wird es fast zu einem geflügelten Wort, bei den Grünen in Deutschland findet sich der Begriff in der Programmatik wieder.

Zum anderen hat die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise den Glauben an die Unfehlbarkeit der Märkte und die marktradikalen Gedankenmodelle erschüttert. Der Staat als Akteur bekommt, zumindest in den ökonomischen Debatten, wieder ein stärkeres Gewicht. In der praktischen Politik wird dagegen weiter agiert wie vor der Krise.

Wachstum ist kein Dogma, aber es ist notwendig für die Durchsetzung eines guten Lebens für alle. In fünf Punkten lässt sich der Rahmen für einen Kurswechsel zu qualitativem Wachstum umreißen:

### **1. Primat der Politik**

Ein ökologischer und sozialer Umbau erfordert starke politische Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe. Als Konsequenz aus der noch nicht bewältigten Weltwirtschaftskrise sehen wir die Herstellung des Primats der Politik als absolute Voraussetzung an. Dabei nimmt die *Regulierung der Finanzmärkte* eine Schlüsselstellung ein. Finanzmärkte, die von hochspekulativen Geschäften deformiert sind, stehen im grundsätzlichen Widerspruch zu einer auf Nachhaltigkeit bedachten Wirtschaftsweise. Wir brauchen eine neue Ordnungspolitik, die neben der wirtschaftlichen Rendite eine soziale und eine ökologische Rendite anstrebt.

### **2. Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft**

Die industriellen Beziehungen sind in Deutschland geprägt durch starke Betriebsräte, und die Mitbestimmung in Aufsichtsräten der Kapitalgesellschaften. Diese Stärke des deutschen Wirtschaftsmodells muss auf allen Ebenen (Arbeitsplatz, Betrieb, Branche, in den Ländern und im Bund) ausgebaut werden. Unser Ziel ist es, eine weitergehende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zur Grundlage eines Europäischen Sozialmodells und der internationalen Ordnung zu machen. Dazu gehört auch eine wirkliche Mitsprache bei wesentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen. Dies enthält die Chance, die heutige Krise der Demokratie zu überwinden und die demokratischen Einrichtungen als offenen Ort zu erleben, in denen über die wirklichen Lebensfragen der Gesellschaft gerungen wird.

Qualitatives Wachstum ist kein rein technisches Vorhaben einer höheren Ressourcen- und Energieeffizienz. Nicht nur im Umgang mit der äußeren, sondern auch mit der menschlichen Natur muss der Arbeitsprozess nachhaltig gestaltet werden. Notwendig ist eine Umgestaltung von Arbeitsplätzen, Arbeitsabläufen und Transparenz von Entscheidungen im Sinne Guter Arbeit. Die Entwicklung der individuellen Fähigkeiten und des Wissens muss ebenso gefördert werden wie die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und den Unternehmen erweitert werden muss. Die Beschäftigten sollten eine wirkliche Mitverantwortung für die ökologische Gestaltung von Arbeitsprozessen und Produkten erhalten. Nur gestützt auf ein breites Engagement der Menschen in den Betrieben und unter Nutzung ihrer Kompetenzen kann ein solcher Prozess der Erneuerung gelingen.

Vor dem Hintergrund von anhaltenden Leistungsverdichtung, wachsender Produktivität, neuer Formen industrieller Arbeit und den wachsenden Aufgaben der Erwerbstätigen in einer alternden Gesellschaft muss die Frage der Arbeitszeit und ihrer Lage über das ganze Leben hinweg neu betrachtet werden.

### **3. Nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik**

Der industrielle Sektor ist – jenseits aller Debatten um eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft – nach wie vor die Basis der ökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft. Voraussetzung für qualitatives Wachstum ist eine aktive und nachhaltige Industriepolitik. Damit ist der Anspruch verbunden, den industriellen Sektor zu gestalten und sich nicht mit der passiven Anpassung an einen Wandel der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu begnügen.

Nachhaltig und von qualitativem Wachstum geprägt ist industrielle Entwicklung aus unserer Sicht, wenn drei wechselseitig miteinander verbundene Ziele erreicht werden: Erstens muss die Wirtschaftsweise sozial tragfähig sein. Der strukturelle Wandel bedarf der Mitbestimmung wie der tarifpolitischen Gestaltung. Das Entstehen von mehr und vor allem Guter Arbeit kennzeichnen qualitative Wachstumsprozesse. Zweitens kommt es darauf an, dass Erzeugnisse, Verfahren und Dienstleistungen ökologisch verträglich sind, sich durch einen effizienten und umweltschonenden Verbrauch von Ressourcen auszeichnen. Drittens muss die Wirtschaftsweise ökonomisch effizient organisiert sein.

Die Orientierung an einem qualitativen Wachstumsmodell wird höchst unterschiedliche Folgen für die Branchen und die Regionen haben. Damit ein Übergang mit mehr und zudem Guter Arbeit gelingt wollen wir die Kooperation der beteiligten Akteure in und zwischen Branchen stärken. Auch aus Gründen der strukturellen Veränderung können neue Formen der branchenbezogenen Kooperationen und Mitbestimmungsinstrumente notwendig werden. Da es zur Verschiebung von Arbeitsplätzen, in vielen Fällen auch zu höheren Anforderungen an die Ausbildung der Beschäftigten kommen wird, legen IG Metall und IG BCE besonderen Wert auf die Verbesserung und den Ausbau der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

#### **4. Gerechte Verteilung**

Nach einer Phase der Umverteilung von unten nach oben sehen IG Metall und IG BCE die Notwendigkeit, Einkommen und Vermögen wieder breiter zu verteilen. Eine gerechte Verteilung des Wohlstands muss aber auch die Stärkung der Systeme der Sozialen Sicherheit wie der Öffentlichen Dienste und ihrer Infrastruktur zum Ziel haben. Eine gerechte und faire Verteilung des materiellen Wohlstandes führt zu einer Verbesserung der Lebenschancen aller, verringert soziale Konflikte und sichert den sozialen Frieden. Empirische Studien (u. a. Richard Wilkinson/ Kate Pickett) zeigen, dass Gesellschaften mit größerer Gleichheit – in der Lebenserwartung, der Chancengleichheit, beim Einkommen, in der Wohlstandswahrnehmung – bessere Ergebnisse zeigen als Gesellschaften mit einer stark ungleichen Verteilung.

Mehr Verteilungsgerechtigkeit muss zunächst mit dem Mitteln der Steuer- und Sozialpolitik erreicht werden. Dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit muss im Steuerrecht wieder Rechnung getragen werden. In der Sozialen Sicherung ist zu gewährleisten, dass alle Einkommensarten in die Finanzierung einzubeziehen sind. Die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt ist zu beseitigen. Die vielen Ausnahmen vom Arbeitsrecht, Minijobs, Midijobs, befristete Beschäftigung ohne Sachgrund, Werkverträge und Leiharbeit stehen einer Politik für mehr Lebensqualität und höherem allgemeinen Wohlstand ebenso entgegen wie Verlängerungen von Arbeitszeiten.

Eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen führt durch wachsende Nachfrage zu mehr und stetigem Wachstum. Dazu gehört natürlich auch, dass Kosten für den ökologischen Umbau nicht die untersten Einkommensgruppen, die Finanzierung des Sozialstaates oder in unverhältnismäßiger Weise die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und Arbeitsplätze belasten.

#### **5. Ressourceneffizienz, Innovationen und Beschäftigung**



Der Schlüssel zu einem ökologisch verträglichen Wachstum ist Effizienzsteigerung. In vielen Industriestaaten konnte eine *relative* Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum erreicht werden. Relative Entkoppelung bedeutet, der Ressourcenverbrauch stagniert bei steigender Wirtschaftsleistung. Diese Erfolge reichen allerdings längst noch nicht aus, vor allem wenn die nachholende Industrialisierung in vielen Ländern der Erde mit berücksichtigt wird. Es muss gelingen, den Ressourcenverbrauch *absolut* zu reduzieren.

Bisher setzen die meisten Unternehmen darauf, die Produktivität der Arbeit zu steigern. Dies kann durch den Einsatz modernerer Maschinen, eine effizientere Arbeitsorganisation oder durch eine höhere Arbeitsintensität – letzteres auf Kosten der Beschäftigten – erfolgen. Der ökologische Umbau stellt dagegen eine viel höhere Steigerung der Produktivitäten des Energie- und Materialeinsatzes in den Mittelpunkt. Für IG Metall und IG BCE sind innovationsfördernde Rahmenbedingungen zentrale Voraussetzungen für weitere Fortschritte in der Energie- und Materialeffizienz.

Die Erneuerbaren Energien sind die tragenden Säulen einer kohlenstoffarmen Energieversorgung der Zukunft. Die Industriestaaten müssen bis 2050 ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 senken, das kann nur mit einem Umstieg der Stromerzeugung auf Erneuerbare Energien gelingen.

Effizienzsteigerung ist nicht nur aus ökologischen Gründen das Gebot der Stunde. Auch ökonomisch ist dieses Ziel für eine durch die Außenwirtschaft geprägte Nation wie Deutschland eine zukunftssträchtige Strategie. In den Planungen zur Elektromobilität ist die Effizienzsteigerung geradezu Teil des Konzeptes. Öko-Effizienz wird im künftigen Innovationswettbewerb der Industrieländer eine immer größere Rolle spielen. McKinsey schätzt bspw. das Potenzial zusätzlicher Arbeitsplätze in Deutschland durch energierelevante Wachstumsmärkte bis zum Jahr 2020 auf rund 850.000.

Für IG Metall und IG BCE sind innovationsfördernde Rahmenbedingungen zentrale Voraussetzungen für weitere Verbesserungen in der Energie- und Materialeffizienz. Dazu gehört, eine gesellschaftliche Verständigung über die Chancen und Risiken neuer Technologien. Sie zu nutzen und offen zu sein gegenüber Wissenschaft und neuen technologischen Entwicklungen ist aus unserer Sicht eine Voraussetzung für ein an Innovationen und Wertschöpfung reiches Industrielles Netz ebenso wie eine stetige soziale und ökologische Rendite.